

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 13.12.2011**

öffentlich

Ort: Hort der Grundschule Kröllwitz, An der Petruskirche
29, 06120 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Gert Hildebrand	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Dr. Christine Radig	Verw
Herr Uwe Weiske	Verw
Herr Jürgen Zschocke	Verw
Herr Torsten Bau	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE
Herr Thomas Senger	SKE
Frau Cathleen Stahs	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

Es fehlen:

Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Frau Katja Raab	FDP
Herr Norbert Böhnke	Verw
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Herr Martin Gorowska	SKE
Frau Petra Meißner	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er dankte Frau Schwabe für die Gastfreundschaft im Hort des SKV Kita GmbH.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat darum, das Protokoll von der Sondersitzung vom 29.11.2011 aus der Tagesordnung zu streichen, da dieses Protokoll noch nicht fertiggestellt ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und Kulturelle Bildung, kündigte eine Information unter Punkt 8.3. zu organisatorischen Veränderungen im Bereich Sportverwaltung an.

Herr Hildebrand, Leiter Schulverwaltungsamt, informierte zum Punkt 8.4. über Ausführungen von **Herrn Roesler, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung** zum Verhandlungsstand Stadtverwaltung / HAVAG zur Schülerbeförderung.

Ohne weitere Wortmeldungen stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 08.11.2011
4. Vorstellung der Grundschule Kröllwitz und des Hortes durch die Schul- und Hortleitung
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zum Stand der Zusammenarbeit Grundschule-Hort

- 8.2. Umsetzung Konjunkturpaket II
- 8.3. Information zum Wechsel der Stabsstelle Sport in das Dezernat Jugend, Schule, Soziales und Kulturelle Bildung
- 8.4. Bericht zum Verhandlungsstand Stadtverwaltung / HAVAG zur Schülerbeförderung
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.11.2011

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach Ergänzungen und Änderungen zur Niederschrift vom 8.11.2011. Da es keine Änderungen und Ergänzungen gab, bat er um Abstimmung der Niederschrift.

einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorstellung der Grundschule Kröllwitz und des Hortes durch die Schul- und Hortleitung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, übergab das Wort an **Frau Schwabe, Geschäftsführerin des SKV Kita GmbH**. Frau Schwabe erläuterte den organisatorischen Rahmen der Besichtigung von Schule und Hort.

Die Schule und der Hort wurden bei Besichtigungen in 2 getrennten Gruppen vorgestellt, während dieser Besichtigung konnten viele Fragen beantwortet werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Sanierung der Schule und der Neubau des Hortes auf der Grundlage eines bestandssicheren Schulstandortes durchgeführt wurden. Ebenso war die gute Zusammenarbeit von Schule und Hort Voraussetzung, um das Projekt erfolgreich umzusetzen, bei dem viele Räume durch Schule und Hort gemeinsam genutzt werden und sich damit die Bedingungen für die Kinder sowohl vormittags auch als während der Hortzeit über das enge Raumnormativ hinaus verbessern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, dankte dem SKV Kita GmbH und der Schulleitung für die gelungenen Führungen. Er wies auf den tollen Schulhof hin, mit der 60-m-Bahn und dem Bolzplatz. Er stellte fest, dass 85 % der Kinder dieser Schule eine Gymnasialempfehlung erhielten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stellte fest, dass die Zusammenarbeit, zwischen der Schule und dem SKV sehr intensiv ist und fragte nach der Zusammenarbeit mit dem anderen Hort (Petrushort) in Kröllwitz.

Frau Wiehe, Schulleiterin, informierte, dass ca. 35 Kinder der Schule den Petrushort besuchen und erklärte, dass auch diese Zusammenarbeit funktioniert. Die ganz großen gemeinsamen Projekte finden jedoch noch selten statt. Diese Zusammenarbeit muss sich noch entwickeln und intensiviert werden. Der Petrushort hat auch weniger Räume, die in einem anderen Gebäude sind, eine vergleichbare Doppelnutzung ist hier nicht möglich.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach, ob es für die Doppelnutzung eine vertragliche Regelung gibt.

Frau Wiehe, Schulleiterin, verwies auf die bestehende Kooperationsvereinbarung zur inhaltlichen Arbeit.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, äußerte, dass dieses Projekt ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort ist und wollte wissen, ob es Nachfragen von anderen Horten und Schulen hierzu gibt.

Frau Berger, stellvertretende Schulleiterin, erklärte am Beispiel der Schule in Heide-Nord, dass hier eine vergleichbare Kooperation zwischen Schule und Hort angestrebt wird. Auch hier gibt es gemeinsame Veranstaltungen und Absprachen, deren Erfolg wesentlich vom Willen der beteiligten Pädagogen abhängt.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragt **Frau Schwabe** nach Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Träger SKV und anderen Schulen.

Frau Schwabe, Geschäftsführerin SKV Kita GmbH, erklärte, dass eine vergleichbare Doppelnutzung von Räumen in Heide-Nord und Trotha nicht nötig ist, da der Hort dort in separaten Gebäuden untergebracht ist. Am Standort Silberhöhe besteht eine enge Kooperation zwischen Hort und der Grundschule Hanoier Straße. Hier spielt die Kooperation mit weiteren Jugendhilfeeinrichtungen aufgrund der sozialen Spezifik der Bevölkerung in der Silberhöhe eine zusätzliche Rolle. Eine weitere Besonderheit ist das Objekt Weingärten. In dieser Kita werden Kinder von 0 – 14 Jahren betreut. **Frau Schwabe** verwies darauf, dass das Konzept für Kröllwitz weit vor den Möglichkeiten des Neubaus und der Sanierung aus der Enge und dem wenigen Platz heraus entstanden ist.

Frau Wiehe, Schulleiterin, bekräftigte das die Kooperation auf dem gemeinsamen Ansatz, das Beste für die Kinder zu erreichen, fußt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte **Frau Wiehe** nach dem in der Präsentation erwähnten Qualitätsmanagement und ob eine Zertifizierung angestrebt wird.

Frau Wiehe, Schulleiterin, vertrat die Auffassung, dass dieses künftig denkbar ist. Dann könnte diese Schule ein weiteres Alleinstellungsmerkmal aufweisen.

Herr Senger, SKE, fragte **Frau Schwabe** nach Erfolgsgeheimnis bei den Kooperationen.

Frau Schwabe, Geschäftsführerin SKV Kita GmbH, informierte, dass es natürlich auch Schwierigkeiten an den verschiedenen Standorten gäbe. Das kann an unterschiedlichen räumlichen und personellen Voraussetzungen liegen. Wichtig ist jedoch, den ersten Schritt aufeinander zuzugehen. Dazu ermutigt die SKV Kita GmbH ihre pädagogischen Mitarbeiter immer wieder aufs Neue.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Bericht zum Stand der Zusammenarbeit Grundschule-Hort**

Frau Brederlow, Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie, nicht zum Ausschuss kommen konnte, wurde dieser Tagesordnungspunkt auf den Januar verschoben.

zu 8.2 **Umsetzung Konjunkturpaket II**

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, informierte über die Umsetzung und den Stand des Konjunkturpaketes II. Es ist alles im Zeitplan, die Abrechnungen werden termingerecht erfolgen.

zu 8.3 **Information zum Wechsel der Stabstelle Sport in das Dez. IV**

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung informierte, dass die Stabsstelle Sport ab 01.01.2012 in das Dezernat IV übernommen werden wird. Im ersten Quartal 2012 ist eine Bestandsaufnahme im Bereich Sport erforderlich.

zu 8.4 Bericht zum Verhandlungsstand Stadtverwaltung/HAVAG zur Schülerbeförderung

Herr Roesler, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung, informierte zur Preisgestaltung des Schülertickets. Er ging dabei auf die Berechnungen von **Herrn Senger** zum Vergleich Schülerticket und Studententicket ein. Anlage 1 enthält seinen Bericht. Er informierte über die ab August 2012 angedachte neue Preisgestaltung und die Erhöhung des Preises für das Azubi-Ticket, und damit auch das Schülerticket (künftig 317,00 Euro) und das Freizeitticket (künftig 98,00 Euro).

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung fragt nach der Preiserhöhung und die Auswirkungen für die Stadtverwaltung.

Herr Roesler, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung, erklärte, dass es definitiv eine Erhöhung geben wird. Es wird keine Ausdehnung des Schülertickets auf 20:00 Uhr geben, das die HAVAG hierfür keinen Bedarf sieht.

Für **Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE.**, bedeutete das im Umkehrschluss mit Blick auf das Semesterticket, wenn die Stadt für jeden Schüler 36,00 Euro bezahlen würde, dann könnte das Schülerticket billiger angeboten werden.

Herr Roesler, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung erklärte, dass das Schüler- und das Studententicket nicht vergleichbar sind. Beide Tickets haben verschiedene Rechtsgrundlagen. Die Schüler nutzen die HAVAG in der verkehrsreichen Zeit, um in die Schule zu kommen. Der Grundpreis für die Studenten sieht eine Nutzung der HAVAG in der Schwachlastzeit vor, für die Nutzung in der Hauptverkehrszeit muss ein zusätzliches Ticket erworben werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass der Preis für das Schülerticket in das Tarifsystem des MDV eingebunden ist, ohne dass es dafür wesentlichen Gestaltungsspielraum gibt. Es gibt viele Unterschiede zwischen Schüler- und Studentenbeförderung. Die HAVAG hat erklärt, warum eine Ausweitung der Gültigkeitsdauer nicht möglich ist. Die HAVAG müsste gegebenenfalls andere Unternehmen im MDV entschädigen. Denkbar wäre nur ein Austritt aus dem MDV, was jedoch nicht kurzfristig und widerstandslos umsetzbar ist.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat darum, einen Tagesordnungspunkt zum Thema Schülerticket in einen der nächsten Bildungsausschüsse aufzunehmen und dazu dann auch einen Vertreter der HAVAG/des MDV dazu zu bitten. Er bat im Vorfeld um eine schriftliche Modellrechnung.

Herr Kneissl, SKE, wollte wissen, warum die HAVAG dieses Schülerticket nicht frei verkauft, sie hätte damit doch Mehreinnahmen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass es kein allgemein gültiges Ticket ist und nur für den Verkauf an die Anspruchsberechtigten gem. Schülerbeförderungssatzung vorgesehen.

Herr Roesler, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung, ergänzte, dass das Azubi-Ticket als vergleichbares Produkt für Auszubildende frei verkäuflich ist.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der rechtlichen Bindung der Stadt an den MDV. Die HAVAG sollte ein entsprechendes Budget bekommen. Es würde ja nicht mehr Aufwand bedeuten, wenn dieses Ticket frei verkäuflich wäre. Das Ergänzungsticket, als Freizeitticket, ist relativ teuer und es sollte im Preis gesenkt werden, dann würde es auch mehr gekauft werden. Er wünschte eine zeitnahe Einbeziehung des Themas in den Bildungsausschuss.

Herr Marquardt, SKE, bemängelte die fehlende Information zum Freizeitticket an die Eltern.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, informierte, dass die Eltern die Information zum Freizeitticket zusammen mit dem Schülerticket erhalten haben.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, wollte Informationen zu den Kosten der Schülerbeförderung in anderen Kommunen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass diese Abfrage ist bereits erfolgt ist und vorgelegt werden kann.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Senger, SKE, fragte zu den EFRE- Projekten Integrierte Gesamtschule, Sekundarschule Reil und Grundschule am Heiderand nach.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass die Oberbürgermeisterin im Hauptausschuss darauf verwiesen hat, dass das Landesverwaltungsamt in vielen Positionen mitgeht und eine Freigabe der Mittel in Aussicht stellt. Es gab Verpflichtungsermächtigungen für Integrierte Gesamtschule und die Sekundarschule Reil im Haushalt 2010. Zur Grundschule am Heiderand ist dem Landesverwaltungsamt noch eine Zuarbeit zu leisten. Insgesamt gäbe es positive Signale für die Freigabe der Mittel.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, informierte, dass eine erneute Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in der letzten Woche von der Stadt abgegeben wurde.

Herr Senger, SKE, wollte wissen, wenn die Sanierung der Grundschule am Heiderand nicht finanzierbar ist, ob dann die Vorhaben für die Integrierte Gesamtschule und die Sekundarschule Reil gefährdet sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, vertrat die Auffassung dass es für alle drei Schulen eine Lösung geben wird.

Herr Senger, SKE, fragte nach Anträgen für Freitische und wollte wissen wie viele Anträge durch städtische Schulen gestellt wurden.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass bisher lediglich ein Antrag von der IGS vorlag. Zu diesem wurde eine Begründung der besonderen sozialen Notlage der Erziehungsberechtigten von der Schule abgefordert. Diese liegt bislang nicht vor.

Herr Senger, SKE, fragte nach einem Antrag aus dem Herder-Gymnasium, dieser sei etwas länger her. Er bemängelte, dass die IGS keine Antwort erhalten habe, **Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule**, wies dies zurück. Die Schulleitung der IGS habe definitiv eine Antwort auf ihr Schreiben erhalten.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte nach dem Zeitraum für die Verbesserung der Bedingungen für die Schülerspeisung und Sanierung der Umkleieräume im Herdergymnasium.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes informierte, dass es vor den Herbstferien ein Gespräch mit Schulleiter, Elternrat und ZGM gegeben hat. Dabei wurde ein „Fahrplan“ festgelegt, wie die Arbeiten erfolgen sollen. Der Hausmeister zieht im 1. Quartal 2012 aus und dann erfolgt die Herrichtung der Hausmeisterwohnung als Speiseraum. Im Umkleieraum wurde ein Sanierungsputz angebracht, der noch trocknen müsse, deshalb sieht diese Fläche noch unvollkommen aus. Die Elternvertreter und die Schulleitung haben das Protokoll des Gesprächs erhalten und sind dementsprechend informiert.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte das diese Situation dadurch eskalierte, dass mit Vertragsbeginn für den neuen Essenanbieter ungenügende Absprachen zur räumlichen Situation durch die Schule erfolgten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach einem Gerücht im Zusammenhang mit den Gesamtschulen. Er habe gehört, dass aus dem Saalekreis keine Schülerinnen und Schüler in Halle mehr aufgenommen werden sollen. Er wollte wissen, ob dieser Sachverhalt in der Stadtverwaltung bekannt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, verneinte eine entsprechende Kenntnis.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, fragte nach, um welche Gesamtschule es sich handelt.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, berichtete und über den Platzmangel im Hort der Johannesschule. Die Horträume sind gut eingerichtet, die Hortkinder finden prinzipiell gute Bedingungen vor. Es gibt Probleme für den Hort, da die Betriebserlaubnis nicht erteilt wurde und Unsicherheiten bestehen, wie es weitergehen soll. Er habe gehört, dass es von der Verwaltung eine gute Lösung geben soll und möchte mehr dazu wissen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Verwaltung eine Lösung mit Nutzung der schulischen Räume vereinbart habe. Die brandschutztechnische Ertüchtigung der Johannesschule und des Hortes soll 2012 mit Haushaltsmitteln eingeordnet werden.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass diese Lösung in der letzten Woche mit dem Hortträger besprochen wurde, möglicherweise ist sie noch nicht an die Mitarbeiter weitergegeben worden.

Herr Senger, SKE, fragte nach der Möglichkeit als sachkundiger Einwohner Änderungsanträge zu stellen, und fragt nach der Möglichkeit, diesen Antrag dann im Stadtrat zu begründen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, wenn dieser Antrag im Ausschuss beschlossen wird, müsse der Ausschussvorsitzende diesen im Stadtrat vertreten, bzw. der sachkundige Einwohner muss eine Fraktion zu finden, die hinter dem Antrag steht und diesen verteidigt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass es auch die Möglichkeit gibt, im Vorfeld im Stadtrat einen Antrag auf Rederecht zu stellen.

Herr Senger, SKE, wollte die aktuellen Anmeldezahlen für das 1. Schuljahr der Grundschule Wittekind.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, erklärte, diese Zahlen mit dem Protokoll zu übermitteln.

Antwort der Verwaltung: Im Schuleinzugsbereich der Grundschule Wittekind wohnen derzeit 99 Kinder, die im Schuljahr 2012/13 eingeschult werden. Konkrete Anmeldezahlen sind erst ab Mai 2012 verfügbar.

Frau Stahs, SKE, fragte wie es mit dem Objekt in der Rainstraße für die BbS weiter gehe.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes und Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, informierten, dass das Land noch keine Mittel für den Kauf und die Sanierung in den Landeshaushalt eingestellt hat. Es besteht kein Zeitdruck für eine Beendigung der Nutzung durch die Berufsschule.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich zum Hort der Grundschule Johannes. Der Hort nutzt einen Teil der ehemaligen Sekundarschule Schiller. Er wollte wissen, ob bei Bedarf auch eine weitere Etage genutzt werden könnte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, verwies auf seine bereits gegebene Antwort und den akuten Handlungsbedarf für diese Schule und den Hort.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte wissen, warum die Grundschule Johannes nicht Priorität 1 auf der Liste ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass in der ersten Priorität nur die Objekte mit einer entsprechenden Förderquote eingeordnet wurden. Die Lösung der Brandschutzprobleme an diesem Standort muss mit Eigenmitteln der Stadt erfolgen. Aufgrund des hohen Handlungsbedarfes wurde eine Einordnung in die Priorität 2 erreicht.

zu 10 Anregungen

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, eine der nächsten Sitzungen in der Grundschule Johannes durchzuführen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schlug vor, dies für den Bildungsausschuss im Januar vorzusehen.

Herr Senger, SKE, regte an, den Zugriff auf Session für sachkundige Einwohner zu erweitern.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erklärte, dass es eine Rechtsauskunft darüber gab, wonach dies nicht möglich sei.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, sagte zu, die Beantwortung der Anfrage an die Geschäftsstelle Stadtrat anzunehmen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., regte an, die Preisgestaltung für das Parken auf Schulhöfen zu überdenken, damit mehr Parkplätze vermietet werden können und damit bisher nicht ausgeschöpfte Einnahmequellen erschlossen werden.

Frau Stahs, SKE, fand die derzeitige Gebühr von 30,00 Euro in Ordnung.

Herr Hildebrand, Leiter des Schulverwaltungsamtes, erklärte, dass es nicht für alle Lehrer Parkplätze gibt, die 30 Euro als Gebühr sind akzeptabel.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.01.12

Dr. Radig
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Anlage

Anlage zum Protokoll Bildungsausschuss 13.12. 2011
Zu TOP 7
Mitteilungen von Herrn Roesler zur Problematik Schülerzeitkarte

Schülerzeitkarte Halle

1. Preis Schülerzeitkarte

A	Azubi-Monatskarte: Preis pro Schuljahr 10 Monate (2011/12)	386,00 €
B	Schülerzeitkarte Grundkarte	299,00 €
C	Schülerzeitkarte Ergänzungskarte	<u>87,00 €</u>
		386,00 €

Die Azubi-Monatskarte ist gegenüber der vergleichbaren Monatskarte für Jedermann bereits um 20 % reduziert.

2. Kosten für Personenbeförderung

- Kostensatz je Personenkilometer	0,211 €/km	(Stand 2011)
- mittlere Reiseweite Azubis	6,33 km	
- Schultage pro Jahr (im Mittel)	200	
- Fahrten pro Tag	2 (Minimum, Ausbildungsfahrten außer Schulweg nicht berücksichtigt)	

Kosten/Schuljahr: $0,221 \text{ €/km} \cdot 6,33 \text{ km} \cdot 200 \text{ Tage/Jahr} \cdot 2 \text{ Fahrten/Schulstag}$

Kosten/Schuljahr: 559,57 €/Schuljahr

Aus dieser Berechnung ist ersichtlich, dass bereits die Azubi-Monatskarte nicht kostendeckend ist und die aktuelle Schülerzeitkarte (Grundkarte) nicht annähernd auskömmlich ist.

3. Vergleich mit Einzelfahrten

1 Schulfahrt Hin- und zurück pro Tag kostet demnach

Kosten/Tag: $2 \text{ Fahrten} \cdot 6,33 \text{ km} \cdot 0,211 \text{ €/km}$

Kosten/Tag: 2,67 €

Einzelfahrkarte Kind: 1,20 €
(Mehrfahrtenkarte gleicher Preis)

Einzelfahrkarte Jedermann: 1,80 €
(Schüler ab 14 Jahre)

Mehrfahrtenkarte Jedermann: 1,725 €/Fahrt
(Schüler ab 14 Jahre)

Würde ein Schüler bis 14 Jahre jeden Tag Einzelfahrkarten kaufen müssen, weil z. B. keine preisgünstige Monatskarte angeboten würde, wären im Schuljahr 480,00 € zu bezahlen (200 Tage a 2 Fahrten).

Bei Schülern ab 14 Jahren wären 690 Euro zu bezahlen.

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass die vom MDV angebotenen Azubi-Zeitkarten sehr preisgünstig sind.

4. Mobilitätsverhalten von Schülern

Die Schüler mit Zeitkarten nutzen den ÖPNV vorwiegend an Schultagen. In den Ferien und an den Wochenenden ist die ÖPNV-Nutzung unterdurchschnittlich.

Die durchgeführten ÖPNV-Fahrten teilen sich entsprechend der KONTIV-Analyse für das Jahr 2010 wie folgt auf:

Fahrtenverteilung Schüler mit Zeitkarte

	Anteil Jahr gesamt		Anteil Schulzeit
Schultag 6 bis 19 Uhr	81 %		(83 %)
Schultag nach 19 Uhr	5 %	vorwiegend bis 20 Uhr	(5 %)
Wochenende ohne Sommerferien	7 %		(7 %)
Werktag (Ferien) ohne Sommerferien	5 %		(5 %)
Sommerferien	2 %		-
Gesamt	100 %		(100 %)

Aus dieser Übersicht ist erkennbar, dass der Preis für die Grundkarte der Schülerzeitkarte, unter Berücksichtigung der Fahrtenverteilung, 83 % des Gesamtpreises betragen müsste. Das entspräche aktuell 320,00 €/Schuljahr.

Die Freizeitkarte dürfte dann nur 66,00 €/Schuljahr kosten.

Durch die aktuelle Preisbildung, ist die Grundkarte weiter subventioniert zu Lasten der Ergänzungskarte. Diese ist jedoch überbteuert und spricht damit nur ausgesprochene Vielfahrer an. Deshalb wurden auch nur 400 Freizeitkarten bei 4.821 anspruchsberechtigten Schülern verkauft.

Weiterhin ist zu beachten, dass 24 % der Haushalte, wo Schüler mit Schülerzeitkarte wohnen, zusätzlich mit übertragbaren Zeitkarten ausgestattet sind. Auch durch diesen Umstand reduziert sich der Bedarf an der Freizeitkarte. **Für die Freizeitkarte besteht kaum Bedarf.**

Insgesamt hat die neue Schülerzeitkarte zu einer Mindereinnahme von 385 T€ bei diesem Produkt geführt. Dem stehen nur ca. 38 T€ Mehreinnahme im Bartarif gegenüber.

5. Preisgestaltung ab 1. August 2012

Der MDV hat wegen der bevorstehenden 2012 umzusetzenden Tarifstrukturveränderung, den Entscheidungsprozess in den MDV-Gremien bzw. den Preisgenehmigungsprozess vorziehen müssen. Aufgrund des Aufsichtsratsbeschlusses vom 5. Dez. 2011, müsste am 6. Dez. 2011 der Tarifantrag bei den Genehmigungsbehörden eingereicht werden.

Die Schülerzeitkarte Halle ist mit unveränderter Gültigkeit im Angebot, jedoch erfolgt eine Preisanpassung entsprechend dem neuen Preis der Azubi-Monatskarte.

Preis ab 1. August 2012 vorbehaltlich Genehmigung

A	Azubi-Monatskarte: Preis pro Schuljahr 10 Monate (2012/13)	406,00 €
B	Schülerzeitkarte Grundkarte	317,00 €
C	Schülerzeitkarte Ergänzungskarte	<u>89,00 €</u>
		406,00 €

6. Ausdehnung des Gültigkeitszeitraumes auf 20 Uhr

Eine verlängerte Gültigkeit an Schultagen bis 20 Uhr entspricht praktisch einer Freigabe ohne Zeitbegrenzung, da nach 20 Uhr nur sehr wenige ÖPNV-Fahrten von Schülern durchgeführt werden. Unter Beachtung der im Pkt. 4 geschilderten Fahrtenverteilung müsste dann die Grundkarte 88 % des Preises einer Azubi-Karte kosten (83 % + 5 %), d. h. ab 1. Aug. 2012: 357,00 €. Der Preis der Freizeitkarte würde sich auf marktfähige 49,00 € reduzieren. Auch bei diesem Preis besteht jedoch eine begrenzte Nachfrage.

7. Semesterticket

Das Semesterticket ist auf Basis eines Solidarbeitrages aller Studenten kalkuliert, unabhängig ob einzelne Studenten den ÖPNV nutzen oder nicht.

Mit dem über die Studiengebühren eingezogenen Betrag von 16,50 €/Semester (ab 2012: 18 €/Semester), den alle 20.000 Studenten zahlen müssen, kann für Studenten, die ein Ticket für Ausbildungswege benötigen, ein günstiges Semesterticket angeboten werden.

Dieses kostet zurzeit 74,20 €/Semester in der Tarifzone Halle. Für zwei Tarifzonen sind 110 €/Semester zu bezahlen.

Damit die Solidarfinanzierung umsetzbar war, ist es den Studenten gestattet ab 19 Uhr auf den Studentenausweis zu fahren. Das Semesterticket für die Nutzung tagsüber wird im Wintersemester von ca. 9.000 Studenten, im Sommersemester von ca. 7.000 Studenten, gekauft.

Bei der Kalkulation des Semestertickets wurde auch das Mobilitätsverhalten der Studenten (hoher Radweg- und hoher MIV-Anteil) berücksichtigt. Mit der Solidarfinanzierung von ca. 660 T€/Jahr wird weitestgehend der günstige Preis (ca. 2,3 ABO-Monatskarten Azubi) je Semester finanziert. Darüber hinaus ist ein Semesterticket an fast allen Hochschulstandorten üblich und war im Rahmen der Standortsicherung und Attraktivitätssteigerung in Halle politisch gewollt. Die nicht durch den Solidarbeitrag gedeckte Restsumme wird im Rahmen der allgemeinen Betriebskostenzuschüsse finanziert.